

Friedhelm Ost leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



Administrative und politische Konsequenzen ziehen

Friedhelm Ost: „Es wurde gegen große Teile der CDU-Mitglieder und CDU-Wähler regiert, Werte wurden vielfach verwässert oder gar negiert“

? Die Merkel-CDU hat ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 eingefahren. Die Bundeskanzlerin hat dieses Ergebnis noch am Wahlabend lächelnd weggesteckt, nach dem Motto: Hauptsache ich bleibe Kanzlerin. Kann man aus dieser Reaktion schließen, dass Frau Merkel die Partei egal ist und dass sie nur ichbezogen denkt?

Friedhelm Ost: Die Reaktion ist nur

„Der Absturz der CSU bei der Bundestagswahl war mehr als ein Alpengewitter.“

mit Galgenhumor zu erklären. Das Votum der Wähler fiel wahrlich ernüchternd aus. Es war so schlecht für die Union wie nie zuvor, denn 1949 kann als Vergleichsbasis wohl gar nicht herangezogen werden. Die CDU hat in den letzten Jahren mehr und mehr an Profil verloren. Dafür sind natürlich die Parteivorsitzende, aber auch ihre Stellvertreter und insbesondere der Generalsekretär verantwort-

lich. Es kann und darf einfach nicht mehr ein „Weiter so“ gelten, um so mit Mühe und Not für eine nächste Legislaturperiode im Kanzleramt zu sitzen. Die politischen Fehlentwicklungen müssen wirklich ohne Wenn und Aber analysiert und aufgearbeitet werden. Mit der Aussage der Kanzlerin am Wahlabend, man hätte eigentlich nichts falsch gemacht und würde alles so wieder machen, wird die CDU eher

noch viele weitere Wähler verlieren. Die bayerische Schwesterpartei wird dabei in „Sippenhaft“ genommen. Der Absturz der CSU bei der Bundestagswahl war mehr als ein Alpengewitter.

? Der Wissenschaftler Werner Patzelt führt das schlechte Wahlergebnis unter anderem darauf zurück, dass die Bundeskanzlerin z. B. in der Energie- und Zuwanderungspolitik eine Art „All-Parteien-Koalition“ anführte und sich dazu aufschwang, gegen einen nennenswerten Teil der Bevölkerung und CDU-Wähler anzugreifen. Sehen Sie dies genauso?

Friedhelm Ost: Die politischen Entscheidungen sind vielfach mit dem Blick auf demoskopische Umfrageergebnisse getroffen worden. Das gilt für die Energiewende, für die Aussetzung der Wehrpflicht, für die Migrationspolitik, die Ehe für alle und einiges mehr. Damit wurde in der Tat gegen große Teile der CDU-Mitglieder und CDU-Wähler regiert. Viele konnten sich schließlich mit der Union nicht mehr identifizieren. Das parteipolitische Koordinaten-System war kaum noch zu erkennen, die Werte der CDU wurden vielfach einfach verwässert oder gar negiert.

? Jens Spahn und Carsten Linneemann, die immer wieder deutlich auf Distanz zur Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin gingen, verloren in ihren Wahlkreisen kaum Prozentpunkte gegenüber der letzten Bundestagswahl. Dagegen verlor Generalsekretär Peter Tauber, der die CDU jünger, weiblicher und bunter machen wollte, 12 Prozentpunkte. Was lehrt uns das?

Friedhelm Ost: Carsten Linneemann, Jens Spahn, auch Thomas Bareiß und einige andere CDU-Politiker haben bei der Wahl gut abgeschnitten, weil sie immer wieder klare Kante angemahnt haben. Als Abgeordnete mit Direktmandat waren sie nahe beim Wählervolk, pflegten sie den Kontakt zu ihren Stammwählern, machten sie manch gute Vorschläge für not-



„Mit billigen Marketing-Tricks lassen sich auch keine jüngeren, weiblichen und bunten Wähler für die Union gewinnen. Ein Generalsekretär, der in seinem hessischen Wahlkreis eine solche Pleite bei seiner Wahl erlebt hat, sollte über Konsequenzen nicht noch lange nachdenken.“

Friedhelm Ost über den CDU-Generalsekretär Peter Tauber

wendige politische Entscheidungen. Allerdings fanden sie nicht immer das Echo in der CDU, weil manche sich einfach taub oder gar tauber stellten. Dabei weiß doch jeder, wie wichtig die Pflege der Stammkundschaft ist. Mit dem Schielen nach Laufkunden ist kein Staat zu machen. Mit billigen Marketing-Tricks und -Verrenkungen lassen sich auch keine jüngeren, weiblichen und bunten Wähler für die Union gewinnen. Ein Generalsekretär, der in seinem hessischen Wahlkreis eine solche Pleite bei seiner Wahl erlebt hat, sollte über Konsequenzen nicht noch lange nachdenken.

? Der CDU-Vize und NRW Ministerpräsident Armin Laschet vertritt die Auffassung, dass die CDU ihren Kurs nicht verändern muss. Hat Laschet den letzten Schuss nicht gehört?

Friedhelm Ost: Ich bin sicher, dass Armin Laschet den Schuss mit dem außerordentlich lauten Knall gehört hat. Er war doch gerade im Mai diesen Jahres bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen so erfolgreich, weil er die CDU in seinem Bundesland reformiert, weil er die traditionellen Unionsanhänger mobilisiert hat. Armin Laschet hat dabei attraktive Perspektiven eröffnet und zwar mit vielen klaren Ansagen in der Innen-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Er ist als Konservativer erkennbar geblieben – mit einem festen Standbein und mit einem kräftigen Schussbein. Ihm vertrauen die Menschen an Rhein und Ruhr, dass er in der Koalition mit der FDP manchen rot-grünen Flurschaden der Vergangenheit beseitigen und die dynamischen Kräfte vor allem im Mittelstand entfesseln wird.

? Auch in der neuen CDU-Bundestagsfraktion brodelt es hinter den Kulissen. Volker Kauder wurde von 53 Abgeordneten die Zustimmung zum Fraktionsvorsitzenden verweigert, obwohl er keinen Gegenkandidaten hatte. Galt dieser Warnschuss auch der Kanzlerin?

Friedhelm Ost: Das miserable Ergebnis bei der Wiederwahl von Volker Kauder zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion spiegelt auch Unmut wider – zum einen gegen Angela Merkel, zum anderen auch gegen Volker Kauder, der oft genug die Entscheidungen der Kanzlerin von den Unionsabgeordneten nur noch abnicken ließ. So hat die Fraktion an Macht und Einfluss auf die Entscheidung der Regierung verloren. Die Abgeordneten mussten jedoch in ihren Wahlkreisen die bisweilen opportunistischen und manchmal auch unverständlichen Beschlüsse der Regierung vertreten, was oft schwer genug fiel.

? Konservative Gesprächskreise innerhalb der CDU fordern, dass die Bundeskanzlerin ihren Parteivorsitz abgibt, damit ein neuer Parteivorsitzender andere politische Schwerpunkte setzen kann. Wäre das aus Ihrer Sicht eine Möglichkeit, die CDU-Anhänger, die aus Frust AfD gewählt haben, wieder an den heimischen Herd zurückzuführen?

Friedhelm Ost: Mit der Aufteilung der Ämter allein würde sich wohl keine wesentliche Verbesserung ergeben. Im Prinzip hat es sich in der Vergangenheit der CDU durchaus bewährt, wenn „Politik aus einer Hand“ gemacht wird. Allerdings muss das nicht so bleiben. Denn in Zeiten schwieriger Koalitionen, das gilt für die Große Koalition gleichermaßen wie für Jamaika, ist der Regierungschef als Manager des kleinsten gemeinsamen politischen Nenners mehr als gefordert und kann nur in bescheidenem Maße die eigene Partei nach außen profilieren. Der Frust und die Enttäuschung derjenigen, die als frühere CDU-Anhänger nun die AfD gewählt haben, werden jedoch allein durch eine andere Personalie an der Parteispitze nicht beseitigt. Da muss viel mehr programmatisch, strategisch, politisch und personell geschehen. Sonst wird der Erosionsprozess weitergehen.

? Mit Blick auf eine Jamaika-Koalition hat die Grünen-Parteivorsitzende Simone Peter der vor der CSU wiederholt geforderten Obergrenze für neuankommende Flüchtlinge eine Absage erteilt. Sehen Sie eine Kompromisslinie, die es der CSU ermöglicht, ohne Gesichtverlust in einer Jamaika-Koalition mitzuwirken? Dies auch mit Blick auf die Äußerung des neuen CSU-Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt, der wie folgt zitiert wird: „Es ist doch klar, dass die Obergrenze Teil einer Koalitionsvereinbarung sein muss.“

Friedhelm Ost: Die Obergrenze ist nur mit einer Änderung unseres Grundgesetzes zu erreichen. Die CSU hat gut 6 %, die CDU 26 % der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl erhalten. Wie die erforderliche Mehrheit im Bundestag für die Gesetzesänderung zusammengebracht werden könnte, das weiß weder Horst Seehofer noch ein anderer CSU-Protagonist – auch nicht Alexander Dobrindt als neuer Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Berlin.

Richtig ist jedoch, was der frühere Bundespräsident gesagt hat: Unser Herz ist weit, aber unsere Kräfte sind begrenzt, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten geht. Selbst Angela Merkel sagt ja inzwischen, dass sich der September 2015 nicht wiederholen darf. Deshalb gilt es, zum einen gemeinsam mit den EU-



„Ich kann seinem Vorschlag viel abgewinnen.“

Friedhelm Ost über Christian Lindners Forderung nach einem Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild

Partnern die Sicherung der Außengrenzen konsequent zu stärken. Zum anderen müssen wir auch an unseren nationalen Grenzen Kontrollen etablieren, damit wir als souveränes Land entscheiden, wer zu uns einreisen darf. Schließlich müssen die Asylverfahren wesentlich beschleunigt werden und die Abschiebungen zügig erfolgen. Mit einem Facharbeiter-Zuwanderungsgesetz können wir bestimmte Zahlen von Einwanderern, die wir wünschen, festlegen. Jedenfalls muss das Flüchtlings- und Migrantenproblem in einem neuen Koalitionsvertrag eindeutig und praktikabel gelöst werden.

? Auch FDP Chef Christian Lindner sieht hohe Hürden auf dem Weg zu einer möglichen Koalition von Union, Grünen und FDP. Die FDP will ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild und lehnt automatische Finanztransfers in Europa ab. Letzteres ist das Gegenteil von dem, was bei der Bundeskanzlerin auf der politischen Agenda stand.

Friedhelm Ost: Solidarität ist keine Einbahnstraße! Das muss auch für die EU gelten und muss von allen Partnern akzeptiert werden. Wer bei der Lastenverteilung nicht mitmachen will, der muss das auch bei den Finanztransfers spüren. Bei den EU-Gipfeln muss der deutsche Regierungschef deshalb Klartext reden und deutlich machen, dass Deutschland nicht weiterhin

der Zahlmeister Europas sein wird. Da stimme ich Christian Lindner voll und ganz zu, ebenso wie ich seinen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild viel abgewinnen kann.

? Im Wahlkampf hatte die FDP auch angekündigt, einen Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingspolitik und zur unkontrollierten Grenzöffnung im Jahr 2015 zu beantragen. Besondere Brisanz bekäme dann eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes, die besagt, dass „die pauschale und massenhafte Einreisegestattung nicht mehr von § 18 Abs.4 des Asylgesetzes gedeckt sein könnte“. Spricht die FDP Ankündigung nicht auch gegen das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition?

Friedhelm Ost: Mich erstaunt schon, wie viele Untersuchungsausschüsse im neuen Bundestag eingerichtet werden sollen. Ob die FDP oder die AfD dafür ein ausreichendes Votum erreichen, das ist völlig offen, eher unwahrscheinlich. Dennoch solle möglichst umgehend aufgearbeitet werden, was in der Flüchtlingspolitik, vor allem nach der spontanen Entscheidung der Kanzlerin im Herbst 2015, alles schief gelaufen ist. Aus diesen Erkenntnissen müssen administrative und politische Konsequenzen gezogen werden. Ich glaube nicht, dass dies der große Stolperstein für eine mögliche Jamaika-Koalition sein wird.

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt!

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

ONLINESHOPS

SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

? Auch die Grünen haben im Wahlkampf rote Linien gezogen. So das Verbot des Verbrennungsmotors, das Abschalten von Kohlekraftwerken, mehr soziale Gerechtigkeit, ein Ende des Sparkurses in Europa und eine humane Flüchtlingspolitik, was nichts anderes heißt, als offene Grenzen und keine Abschiebungen. Derartige Positionen werden weder von der FDP, noch von der CSU geteilt. Diese Positionen erlauben doch keine Kompromisslinien, wenn die FDP nicht riskieren will, bei den nächsten Wahlen zum Bundestag wieder abgestraft zu werden. War es mit Blick auf die roten Linien von FDP und Bündnisgrünen ein strategischer Fehler der SPD, sich überstürzt der Koalition mit der CDU entzogen zu haben?

Friedhelm Ost: Von Bismarck wissen wir, dass niemals so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während der Hochzeitsnacht und vor einer Wahl. Das gilt auch für die hehren programmatischen Forderungen einzelner Parteien und für die roten Linien. Aber es ist völlig richtig: Es wird ganz, ganz schwierig, die Vorstellungen von FDP, Grünen und Union auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und eine Regierung ohne Riesensprengstoff zu bilden. Alle Parteien wollen, ja müssen sich in dem Koalitionsbündnis wiedererkennen. Sonst wenden sich ihre Wähler mit Enttäuschung und Grauen ab. Das gilt für die kleineren Partner, vor al-

lem aber auch für die CDU und CSU, die mit einer noch stärkeren Verflachung ihres Profils auf dem Verliererkurs bleiben würden. Vor allem würde der CSU bei der Landtagswahl im Herbst 2018 eine schmerzliche Pleite in Bayern drohen. Die Entscheidung der SPD, nun die Opposition im Bundestag anzuführen, war gewiss übereilt und ist nur mit ganz bitterer Enttäuschung zu erklären. Es wäre gewiss besser gewesen, zumindest eine Nacht darüber zu schlafen und dann als gute demokratische Partei zumindest als Gesprächspartner bereit zu sein. Franz Müntefering, einst SPD-Vorsitzender, hat doch vor Jahren bereits richtig angemerkt: Opposition ist Mist. Noch steht keine neue Koalition, noch ist vieles möglich – vielleicht auch bei der SPD.

„Von Bismarck wissen wir, dass niemals so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während der Hochzeitsnacht und vor einer Wahl.“

Friedhelm Ost zu den programmatischen Forderungen der einzelnen Parteien und den roten Linien

? Durch das politische Berlin gestert bereits das Wort „Neuwahlen“. Würden Neuwahlen nicht bedeuten, dass die AfD noch stärker, und damit eine Regierungsbildung erst recht unmöglich wird?

Friedhelm Ost: Gewiss, sowohl die Linken als auch die AfD wären Profiteure, wenn es zu Neuwahlen käme. Doch weder die Union noch die SPD wollen dies. So werden sie auch nicht einer Auflösung des Bundestages zustimmen, was doch für Neuwahlen erforderlich wäre. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die AfD mit der letzten Wahl schon ihren Höhepunkt überschritten hat: Diese Partei zerbröckelt und zerbröckelt bereits. Sie könnte das Schicksal von Bernd Lucke ereilen, der als Löwe startete und als Bettvorleger landete. ■



Mit Friedhelm Ost sprach
Joachim Schäfer



Das Internet gehört zu den wichtigsten Medien unserer Zeit. Daher ist es wichtig, wie man sich im Web präsentiert.

Ob in HTML 5 oder im CMS (Content-Management-System) gehören Funktionen wie Responsive Design dazu.

Informieren Sie sich jetzt!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de